Protokoll über die Sitzung Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration der Stadt Wilhelmshaven am Donnerstag, 27. Februar 2025, 15:00 Uhr, Ratssaal , Nr. 2/2025

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion
Ausschussmitglied Nurhayat Bakir-Block
Stellv. Ausschussvorsitzende Birgit Holtz
Ausschussvorsitzende Gabriele Schröder
Mitglied CDU-Fraktion
Ausschussmitglied Heidi Bosse
Ausschussmitglied Martin Ehlers
Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW
Vertreter Olaf Fischer
Ausschussmitglied Dr. Angela Kirstges
Dezernent
Armin Schönfelder
von der Verwaltung
Catharina Raabe
Protokollführerin
Susanne Juds
Es fehlte entschuldigt
Ausschussmitglied Ulf Berner
beratendes Mitglied Matthias Böcker
beratendes Mitglied Heinz Reinecke
Ausschussmitglied Walther Schäfer
Ausschussmitglied Petra Stomberg
Grundmandat Detlef Stump
Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV
beratendes Mitglied Doris Tjarks
Behindertenvertretung
beratendes Mitglied Sabine Gastmann
Fachbereichsleiter 50
Michael Koch
Fachbereichsleiter 53
Dr. med. Christof Rübsamen
Gewerkschaftsbund
Richard Fiebig
Ratsmitglied
Anja Mandt
Seniorenvertretung
beratendes Mitglied Volker Perschmann

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Entbindung und Verpflichtung neues beratendes Mitglied	
4	Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 21.11.2024 und 05.12.2024	
5	Sozialfonds	
5.1	Bürgerverein Fedderwardergroden e.V. - Aufstellung von 2 Sitzbänken im "Grünen Ring"	
5.2	Polizei-, Schutz- und Gebrauchshunde Sportverein WHV - Aufstellung eines Vereinsheims inkl. Anträge und Anschlüsse	
5.3	Astronomischer Verein WHV-FRI - Astronomische Forschungs-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit	
6	Vorstellung der Senioren- und Gesundheitsapp "Gut versorgt in"	
7	Wahlordnung Seniorenbeiratswahl	
8	Vorlagen an den Rat	
8.1	Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Digitalisierung und Stellensituation in der Wohngeldstelle	**500/2025**
8.2	Freiwillige Finanzierung des Anteils an Schulbildung in Tagesbildungsstätten	**42/2025**
9	Förderverein Kindertagesstätten Sengwarden / Fedderwarden e.V. - Beschaffung eines Spielschiffes für den Kindergarten Lütje Wattlöper	
10	Mitteilungen und Anfragen	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Frau Schröder eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss:

--

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

Beschluss:

--

3 Entbindung und Verpflichtung neues beratendes Mitglied

Herr Heinz Reinecke wird dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration zukünftig nicht mehr als beratendes Mitglied des Gewerkschaftsbundes zur Verfügung stehen. Herr Richard Fiebig wird seine Position einnehmen. Herr Fiebig muss noch als neues Mitglied durch den Rat berufen und Herr Reinecke durch den Rat abberufen werden.

Beschluss:

--

4 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 21.11.2024 und 05.12.2024

Die Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 21.11.2024, Nr. 8/2024 und 05.12.2024, Nr. 9/2024 ist erfolgt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

5 Sozialfonds

Beschluss:

--

5.1 Bürgerverein Fedderwardergroden e.V. - Aufstellung von 2 Sitzbänken im "Grünen Ring"

Frau Marion Reiners vom Bürgerverein Fedderwardergroden e.V. erörterte den o.g. Antrag des Vereins und beantragte einen Zuschuss aus dem Sozialfond in Höhe von 614,19 € für die Aufstellung von 2 Sitzbänken im „Grünen Ring".

Nähere Informationen sind dem Protokoll unter Anlagen beigefügt.

Herr Koch stellte fest, dass die Voraussetzungen für eine Bezuschussung erfüllt sind und bat den Ausschuss um Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

5.2 Polizei-, Schutz- und Gebrauchshunde Sportverein WHV - Aufstellung eines Vereinsheims inkl. Anträge und Anschlüsse

Die 1. Vorsitzende des Vereins, Frau Heuer, stellte zusammen mit der 2. Vorsitzenden Frau Zippermayr den Antrag inhaltlich vor und beantragte einen Zuschuss für die Aufstellung eines Vereinsheims inkl. der Anträge und Anschlüsse in Höhe von 5.000,- €.

Nähere Informationen zum Antrag sind dem Protokoll unter Anlagen beigefügt.

Herr Fischer bedankte sich für den Vortrag und unterstützte das Anliegen des Vereins.

Frau Bakir-Block betonte, dass die SPD ebenfalls hinter diesem Antrag stünde.

Herr Koch bestätigte das Vorliegen der Voraussetzungen einer Bezuschussung und bat um die Zustimmung des Ausschusses.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Förderverein Kindertagesstätten Sengwarden / Fedderwarden e.V. -
Beschaffung eines Spielschiffes für den Kindergarten Lütje Wattlöper

Der 1. Vorsitzende des Vereins stellte den Antrag inhaltlich vor und beantragte einen Zuschuss in Höhe von 5.000,- €.

Nähere Informationen zum Antrag sind dem Protokoll unter Anlagen beigefügt.

Herr Koch stellte fest, dass die Voraussetzungen für eine Bezuschussung erfüllt sind und bat den Ausschuss um Zustimmung.

Frau Mandt bedankte sich für das große Engagement des Vereins.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

5.3 Astronomischer Verein WHV-FRI - Astronomische Forschungs-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Herr Schwarz vom Astronomischen Verein WHV-Fri beschrieb das Projekt und beantragte einen Zuschuss in Höhe von 920,- €.

Nähere Informationen sind dem Protokoll ebenfalls beigefügt.

Frau Bakir-Block befürwortete, im Namen der SPD, das vorgestellte Projekt.

Herr Ehlers kritisierte, dass aus dem Sozialfond ein Zuschuss beantragt werde, der zur Zahlung einer Miete an eine städtische Gesellschaft dienen solle. Er fragte, weshalb nicht auf die Nutzungskosten verzichtet würde.

Herr Schönfelder erläuterte, dass mit GGS gesprochen worden und von dort die Antwort gekommen sei, dass es für die Nutzung von städtischen Gebäuden Vorschriften gäbe, die eine mietfreie Nutzung ausschlössen, jedoch eine Ermäßigung möglich machten.

Herr Schwarz bestätigte, dass sich die Stadt dem Verein gegenüber großzügig verhalten habe.

Herr Ehlers hielt an seiner Kritik fest.

Herr Schönfelder gab weiterhin zu Bedenken, dass der Gleichheitsgrundsatz und auch steuerrechtliche Gründe zu berücksichtigen seien.

Herr Fischer sah die Situation als nicht sehr kritisch an, zumal der Verein die Möglichkeit habe, jedes Jahr einen Zuschuss aus dem Sozialfond zu beantragen.

Herr Koch bestätigte das Vorliegen der Voraussetzungen einer Bezuschussung und bat um die Zustimmung des Ausschusses.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

6 Vorstellung der Senioren- und Gesundheitsapp "Gut versorgt in"

Herr Perschmann, Seniorenvertretung und Frau Raabe, Sachgebietsleitung Altenhilfe, Heimaufsicht, Besuchsdienst stellten diese App vor.

Nähere Informationen sind dem Protokoll unter Anlagen beigefügt.

Frau Bakir-Block bedankte sich für die Vorstellung und bestätigte, dass es sich bei der Idee um eine gute Sache handele.

Frau Dr. Kirstges lobte das Engagement und sah die positiven Aspekte einer solchen App.

Herr Schönfelder erläuterte, dass der Stadt durch die Nutzung dieser App keine Kosten entstünden und sich somit ein Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration überflüssig mache. Die Idee der Einführung dieser App wurde jedoch vom Ausschuss wohlwollend aufgenommen.

Beschluss:

--

7 Wahlordnung Seniorenbeiratswahl

Herr Schönfelder erinnerte an die letzte Kommunalwahl, verbunden mit der Wahl des Seniorenbeirats. Es gab damals einen Einspruch gegen das Ergebnis, der nach erfolgter Prüfung, auch als begründet angesehen wurde. Damit der Seniorenbeirat sich trotz der fehlerhaften Wahldurchführung, konstituieren konnte, wurde die Wahlordnung aufgehoben und der Seniorenbeirat nicht durch eine Wahl legitimiert, sondern durch einen Ratsbeschluss. Der Rat knüpfte an diese Entscheidung die Aufgabe der Verwaltung 2024/2025 eine neue Wahlordnung in Kraft zu setzen, damit wieder eine Seniorenbeiratswahl durchgeführt werden kann. Herr Schönfelder betonte, dass nicht die Wahlordnung fehlerhaft gewesen sei, sondern Fehler bei der Durchführung der Wahl aufgetreten wären. Trotz allem sollte die Gelegenheit genutzt werden, die Wahlordnung zu prüfen. Aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens in den zuständigen Fachbereichen, Rechtsamt und Fachbereich Soziales, konnten bis Ende des Jahres 2024 noch keine Ergebnisse vorgelegt werden. Zurzeit befänden sich die genannten Fachbereiche mit dem Fachbereich Wahlen in Abstimmung. Der Bereich Wahlen signalisierte, dass auch zum Zeitpunkt der nächsten Kommunalwahl wieder viele Wahlen durchzuführen seien und dass es ebenfalls personelle Engpässe gäbe, so dass die Überlegung bestünde, die Seniorenbeiratswahl von der Kommunalwahl abzukuppeln.
Die Verwaltung ist bemüht zum Frühjahr eine Wahlordnung in die Gremien zu geben, um dem Ratsbeschluss gerecht zu werden.

Beschluss:

--

8 Vorlagen an den Rat

Beschluss:

--

8.1 Antrag Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW: Digitalisierung und Stellensituation in der Wohngeldstelle **500/2025**

Herr Fischer erläuterte die Vorlage 500/2025.

Herr Schönfelder bedankte sich für die Unterstützung der Verwaltung durch diesen Antrag. Die Umsetzung der Digitalisierung scheiterte bislang daran, dass die technischen Voraussetzungen innerhalb der Verwaltung nicht vorlagen. Die gewünschte Arbeitserleichterung für die Kolleg*innen der Wohngeldstelle ist bislang nicht eingetreten. Die Verwaltung würde dringlich darauf warten, dass eine digitale Lösung geschaffen werde, die dann auch tatsächlich zu einer Entlastung führen würde. Herr Schönfelder nahm an, dass dies momentan noch nicht möglich sei.
Bezogen auf die personelle Unterstützung der Wohngeldstelle erklärte Herr Schönfelder, dass sich die Nachbesetzung der freien Stellen hinzöge. Es gäbe durch die bundesgesetzlichen Änderungen, eine Folge ist die Erweiterung des anspruchsberechtigten Personenkreises, ein deutlich erhöhtes Antragsvolumen, welches immer eine hohe Hürde für jede Verwaltung bedeute. Es entstünde ein höherer Personalbedarf, der auch aufgrund
des demografischen Wandels, schwer zu decken sei und die Kommunen generell vor große

Herausforderungen stelle. Die vom Ausschuss vorgeschlagene Poollösung wurde innerhalb

der Verwaltung diskutiert. Herr Schönfelder betonte, vor dem Hintergrund der Entwicklung der Verwaltung mit dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge und der aktuell fehlenden Möglichkeit, dies durch technische Lösungen auffangen zu können, als Fachdezernent ein Anhänger solcher Poollösungen zu sein. Zukünftig würde man sich nicht nur auf die Einstellung von klassischen Verwaltungsfachangestellt*innen oder Beamt*innen beschränken können, sondern müsste den Personenkreis auf berufsähnliche Gruppen erweitern. Aktuell würde dies bereits in verschiedenen Fachbereichen erfolgen. Dort würden zum Beispiel Sozialversicherungs- oder Notariatsfachangestellt*innen eingesetzt, deren Berufsbilder eine gewisse Nähe zur Verwaltungsausbildung hätten. Er bat die Politik dies ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen.

Frau Bakir-Block bedankte sich für den Vortrag und drückte ihr Mitgefühl mit den Bürgern aus, die auf die Unterstützung durch Wohngeld angewiesen sind. Sie mahnte an, Fortbildungsmöglichkeiten für Mitarbeiter*innen im Blick zu haben.

Herr Schönfelder bestätigte den Einwand von Frau Bakir-Block und ergänzte, dass die Einarbeitung der Mitarbeiter*innen aufgrund der Komplexität 18 Monate in Anspruch nehmen würde. Aktuell gäbe es lange Wartezeiten auf Seiten der Antragsteller*innen, die auch die Kolleg*innen sehr belasten würden. Es würden verschiedene Lösungsmöglichkeiten, u.a. eine Springerlösung, durchdacht.

Herr Fischer erinnerte daran, dass 2022, als die Gesetzesänderung im Bundestag diskutiert wurde, ausführlich auf die Folgen der Gesetzesänderung, insbesondere für die Wohngeldstellen, hingewiesen wurde. Allein die Umsetzung der Änderung machte 4 weitere Mitarbeiter*innen je Wohngeldstelle erforderlich. Das Ziel Bürokratie abzubauen, würde auf diese Weise nicht erreicht. Alles würde immer komplizierter und Personal immer knapper. Digitalisierung könnte nur dann greifen, wenn die Verwaltungsverfahren an sich einfacher würden.

Herr Koch ergänzte diesen Beitrag durch aktuelle Zahlen. Aktuell gäbe es ca. 3000 Anträge, davon wären noch ca. 1000 Anträge offen.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt,
die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Einführung vorhandener Digitalisierungslösungen im Bereich der Wohngeldstelle zu prüfen und umzusetzen. Weiterhin soll der zusätzliche Einsatz von Personal zur Unterstützung bei der Abarbeitung des aktuellen Antragsstaus erfolgen. Im Zuge dieser Maßnahme soll die Organisation eines Stellenpools von Verwaltungsfachkräften für vergleichbare Überlastsituationen erfolgen.

Begründung:

Im Bereich der Wohngeldstelle gibt es aktuell einen erheblichen Rückstand bei der Antragsbearbeitung, der weder für die Antragsteller noch für das Personal der Wohngeldstelle akzeptabel ist. Gleichzeitig existieren Digitalisierungslösungen, die eine komplette Online-Beantragung mit Übernahme der Daten in die jeweiligen Fachverfahren und die bidirektionale Kommunikation mit den Antragsstellern ermöglichen. Letzterer Aspekt ist bei den häufig notwendigen Rückfragen/Ergänzungen sowohl für Antragstellung als auch für die Sachbearbeitung eine deutliche Erleichterung. Beispielsweise steht die EfA-Lösung des Landes Schleswig-Holstein unmittelbar vor der Einführung einer APP, die die bidirektionale Kommunikation zwischen Wohngeldstelle und Antragstellern erlauben wird und eine KI-Unterstützung bei der Antragstellung beinhalten wird. Bis zur Einführung soll die Wohngeldstelle personell unterstützt werden. Für vergleichbare Überlastsituationen muss sich die Verwaltung aus unserer Sicht im Wege eines Stellenpools künftig besser aufstellen.

8.2 Freiwillige Finanzierung des Anteils an Schulbildung in Tagesbildungsstätten **42/2025**

Herr Koch stellte den Sachverhalt dar. Weitere Informationen sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Schönfelder wies darauf hin, dass es in Niedersachsen mittlerweile Kommunen gäbe, die diese freiwillige Übernahme dieser 42 % an die Leistungserbringer nicht mehr leisteten. Die Leistungserbringer wären diesbezüglich dann auf sich gestellt und müssten einen
wesentlichen Anteil der Kosten selber finanzieren. In Wilhelmshaven wäre davon die GPS betroffen und diese wäre gezwungen, den Betrieb der Tagesbildungsstätte einzustellen und die dort beschulten Kinder und Jugendlichen müssten in das Regelschulsystem einmünden. Eine bedürfnisorientierte fachgerechte Beschulung könnten die Regelschulen nicht leisten. Aus diesem Grunde würden aktuell Beratungen mit der GPS stattfinden, wie die Tagesbildungsstätten in eine reguläre Förderschule in freier Trägerschaft überführt

werden könnte. Dies sei zwar eine Gegenbewegung zu den Bemühungen „Wilhelmshaven inklusiv“, man müsse aber auch erkennen, dass jedes Kind im Rahmen seiner Bedürfnisse beschult werden solle und das sei auf einer Regelschule nicht immer möglich. Insofern wurde der GPS gegenüber signalisiert, dass die Stadt bereit sei, die Kosten in voller Höhe zu tragen, bis eine endgültige Lösung gefunden werde.

Dafür ist ein Beschluss des Ausschusses erforderlich.

Daran ist auch die Aufforderung an das Land verbunden, möglichst schnell sicherzustellen, dass die 42% der Kosten refinanziert werden und nicht wie bisher 30% oder eine andere Möglichkeit der Entlastung der Leistungserbringer zu finden.

Herr Fischer sieht im Erhalt der Tagesbildungsstätte eine Übergangslösung mit dem Ziel einer ganzheitlichen Lösung zu finden. Änderungen dürften sich jedoch nicht auf dem Rücken der Betroffenen austragen.

Frau Bakir-Block fragte nach Möglichkeiten einer Finanzierung über den Bund.

Herr Schönfelder erklärte die Besonderheiten der Tagesbildungsstätten und der fehlenden Möglichkeit des Bundes im bestehenden föderalen System Schulen direkt zu fördern. Der Bund könne lediglich Länder unterstützen, die diese Mittel an die Kommunen weiterleiteten. Schulen seien Ländersache.

Herr Ehlers betonte, dass das Kindeswohl an erster Stelle stehe und das durch Elternwille entschieden würde, welche Schule das Kind besuchen solle. Sollten Eltern die Tagesbildungsstätte als die richtige Beschulungsform für ihr Kind sehen, dann soll das Kind die Möglichkeit haben, diese zu besuchen. Er wies weiterhin darauf hin, dass die Einhaltung von Schuldenbremsen, im Bereich der Erweiterungen des Sozialstaats, in denen es nicht erforderlich sei, Ausnahmen zuließe, hier jetzt aber klar zu Lasten derjenigen gehe, die darauf angewiesen seien. Er kritisierte, dass hier Kosten auf die Kommunen abgewälzt würden. Die CDU würde zwar dem Beschluss zustimmen, Herr Ehlers forderte aber insbesondere die Ausschussmitglieder der SPD dazu auf, auf höherer Ebene auf eine andere Lösung zu drängen.

Frau Schröder berichtete aus eigenen Erfahrungen an der Tagesbildungsstätte und betonte die Notwendigkeit des Fortbestehens der Tagesbildungsstätten.

Frau Gastmann schilderte ebenfalls aus dem Alltag der Tagesbildungsstätten und betonte deren Besonderheit. Sie warnt davor, dass bei Wegfall der Tagesbildungsstätten viele Kinder nicht mehr beschult werden könnten.

Frau Dr. Kirstges bestätigte die Eindrücke von Frau Gastmann.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Für alle Schülerinnen und Schüler einer Tagesbildungsstätte, die von der Stadt Wilhelmshaven ein Kostenanerkenntnis für Eingliederungshilfeleistungen erhalten oder erhalten haben, wird im Sinne einer weiteren gesicherten Finanzierung der Beschulung bis zum Ende des Schuljahres 2024/2025 bis einschl. 2026/2027 auch der darin enthaltene Anteil der schulischen Bildung als freiwillige Leistung übernommen

9 Förderverein Kindertagesstätten Sengwarden / Fedderwarden e.V. - Beschaffung eines Spielschiffes für den Kindergarten Lütje Wattlöper

Der 1. Vorsitzende des Vereins stellte den Antrag inhaltlich vor und beantragte einen Zuschuss in Höhe von 5.000,- €.
Nähere Informationen zum Antrag sind dem Protokoll unter Anlagen beigefügt.
Herr Koch stellte fest, dass die Voraussetzungen für eine Bezuschussung erfüllt sind und bat den Ausschuss um Zustimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

10 Mitteilungen und Anfragen

Frau Bakir-Block merkte an, den ausscheidenden Geschäftsführer des Jobcenters, Herrn Hein, zur Verabschiedung in den Ruhestand, in den Ausschuss einzuladen.

Herr Schönfelder sagte dies für eine der kommenden Sitzungen zu.

Weitere Mitteilungen und Anträge gab es nicht.

Beschluss:

--

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:30 Uhr

Dezernent	Vorsitzende/r	Protokollführer/in